

(Abgeordneter Dr. Spieß.)

(A) der die Zustimmung der Regierung und der Ersten Kammer gefunden hatte, irgendwelchen Vorwurf zu machen. Die Herren haben geglaubt, es sei besser, die Sache nicht zur Ruhe kommen zu lassen, sondern die weitergehenden Forderungen beizubehalten, die nach ihrer Ansicht später erfüllt werden könnten. Aber ob es nicht doch besser gewesen wäre, wenn die Herren damals mit uns gegangen wären? Dann hätte die Industrie die Vertretung in der Ersten Kammer, auf die sie nach ihrer ganzen Bedeutung ebenso wie Handel und Gewerbe Anspruch hat — wenn auch nicht als Berufsstand, so doch, weil auch wir, wie von unserer Seite betont worden ist, wünschen, daß die Erfahrungen und alles das, was in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht von ihr gesammelt worden ist, in der Ersten Kammer mit Vertretung findet und die Kräfte der Ersten Kammer, wie schon gesagt worden ist, potenzieren hilft. Wäre es nicht besser gewesen, wenn die Industrie ebenso wie Handel und Gewerbe schon vom Landtage 1907/08 an die von ihr selbst und von der Regierung bewilligte Vertretung erhalten hätte?

(Zuruf des Abgeordneten Posern.)

Der Herr Abgeordnete Posern sagt eben: Noch besser wäre es gewesen, wenn ihr größere Achtung entgegengebracht worden wäre. Meine Herren! An der Achtung der Industrie gegenüber haben wir es von unserer Seite nicht fehlen lassen. Wir hätten mehr bewilligt, wenn bei der Regierung und bei der Ersten Kammer Aussicht auf Annahme vorhanden gewesen wäre. Aber darin liegt die Achtung, die wir der Industrie und dem Handel entgegenbrachten, daß wir sagten: Jetzt ist die Tür offen, daß sie in die Erste Kammer eintreten kann. Wir haben sie nicht geschlossen. Ohne unsere Schuld ist die Reform damals gescheitert.

(Zuruf links: Die reinen Unschuldslämmer!)

Der Vorwurf ist also unbegründet, daß wir bei Behandlung der Angelegenheit keine Industriefreundlichkeit kundgegeben hätten. Wir sind auch heute bereit, an der Lösung der Frage weiter zu arbeiten. Wir hoffen, daß bei den Arbeiten in der Gesetzgebungsdeputation, an denen wir uns gern beteiligen werden, eine etwas befriedigendere Lösung gefunden wird.

(Bravo!)

**Vizepräsident Bär:** Der Herr Abgeordnete Fleißner hat das Schlusswort.

**Abgeordneter Fleißner:** Der Herr Vorredner hat in der Begründung unseres Antrages die positiven

Momente vermisst. Ich muß aber doch sagen, daß mein Parteifreund Müller eine ganze Menge von sachlichem Material beigebracht hat — Sie werden das im Stenogramm nachlesen können —, das allerdings zur Beurteilung der Frage von Wichtigkeit ist. Im übrigen kann ich darauf verweisen, wie es von anderer Seite bereits geschehen ist, daß wir uns vor 2 Jahren gründlich über die Frage ausgesprochen haben, und daß damals unsere Redner eine ganze Reihe von positivem und sachlichem Material vorgebracht haben, das man nicht gern und ohne Not wiederholt.

Der Herr Dr. Spieß vermisst vor allen Dingen Beweise, inwiefern die Erste Kammer sich volksfeindlich benommen haben soll. Aber auch nach der Richtung muß ich ihn darauf hinweisen, daß nicht nur unser Redner, sondern auch der Herr Abgeordnete Günther immerhin eine Reihe von Dingen vorgebracht haben, die das allerdings belegen. Wenn man die Taten der Ersten Kammer in ihrer Gesamtheit, seit sie besteht, aufzählen wollte, müßten wir ja stundenlang darüber reden, und das würde Ihnen wahrscheinlich auch nicht recht sein. Die Schulreform ist mit Recht angeführt worden, ein sehr wichtiger Vorgang aus der allerneuesten Zeit, der im Lande das größte Aufsehen erregt hat. Ebenso ist mit Recht die Steuerreform angeführt worden. Ich will ein paar Beispiele aus der Vergangenheit anführen. Schon im Jahre 1854 hat sich die Erste Kammer mit aller Entschiedenheit gegen die Reform einer veralteten Gerichtsbarkeit gewendet, und so gibt es der Beispiele eine Menge mehr. 1873 kam das liberale Schulgesetz in Sachsen nicht in der Form, wie es geplant war, zustande, weil die Erste Kammer nicht mitmachte. Also damals derselbe Vorgang, den wir vor 2 Jahren gehabt haben. Das ist auch vor 2 Jahren hervorgehoben worden.

Wir können uns auch anderswo umsehen, überall daselbe Schauspiel. Ich weise auf Mecklenburg hin. Das mecklenburgische Volk kann nicht zu einer Verfassung, kann nicht zu modernen verfassungsmäßigen Zuständen kommen, weil die Ritterschaft nicht mitmacht, die in Parallele zu stellen ist mit den Herren, die hier in der Ersten Kammer das Regiment führen. In England derselbe Vorgang. Es ist bereits darauf hingewiesen worden. Das Oberhaus lehnt ein volksfreundliches Budget ab, in dem eine wesentliche Progression der Einkommensteuer vorgesehen war. Also Beispiele gibt es in Hülle und Fülle. Bayern ist schon genannt worden. Überall sehen wir denselben Vorgang. Da bedarf es nicht noch einzelner Angaben, um den Beweis zu führen, daß die Erste Kammer in die heutige moderne Zeit überhaupt nicht paßt.